Pressespiegel

Ausgabe: 10.03.2016

Niederrhein DGB

KOMPAKT

Menschen & Märkte

Bauarbeiter wollen 5,9 Prozent mehr Lohn

Mehr „Kies“ für den Bau: Die rund 2800 Bauarbeiter in Duisburg sollen mehr Geld verdienen. Das fordert die IG Bauen-Agrar-Umwelt. Die Gewerkschaft will ein Lohn-Plus von 5,9 Prozent für zwölf Monate erreichen. „Ein Maurer, Zimmerer oder Straßenbauer hätte dann am Monatsende gut 190 Euro mehr im Portemonnaie“, sagt Friedhelm Bierkant. Für den Bezirkschef der IG BAU ist die Lohn-Forderung gerechtfertigt, denn er sieht die Baubranche im Aufwind: „Der Bau boomt. Gerade beim Neubau und Sanieren von Wohnungen sind in diesem Jahr volle Auftragsbücher zu erwarten.“

WAZ DU 10.03.2016

Pressespiegel

Ausgabe: 10.03.2016

Niederrhein DGB

Mehr „Kies“ für den Bau: Lohn-Plus für rund 6.340 Bauarbeiter in Duisburg und im Kreis Wesel gefordert

Eine Schippe mehr „Kies“ für den Bau: Bauarbeiter sollen 5,9 Prozent mehr Lohn bekommen. Das fordert die IG BAU. (Foto: IG BAU)

IG BAU: Auch Azubis sollen profitieren – Unterkunft bei „Jwd-Baustellen“

Mehr „Kies“ für den Bau: Die rund 6.340 Bauarbeiter in Duisburg und im Kreis Wesel sollen mehr Geld verdienen. Das fordert die IG Bauen-Agrar-Umwelt. Die Gewerkschaft will ein Lohn-Plus von 5,9 Prozent für 12 Monate erreichen. „Ein Maurer, Zimmerer oder Straßenbauer hätte dann am Monatsende gut 190 Euro mehr im Portemonnaie“, sagt Friedhelm Bierkant.

Für den Bezirkschef der IG BAU Duisburg-Niederrhein ist die Lohn-Forderung gerechtfertigt. Denn er sieht die Baubranche im Aufwind: „Der Bau boomt. Gerade beim Neubau und Sanieren von Wohnungen sind in diesem Jahr volle Auftragsbücher zu erwarten. Mehr Profite für die Chefs und ‚Lohn-Diät‘ für die Beschäftigten – die Rechnung geht nicht auf.“ IG BAU und Arbeitgeber werden Mitte März zum ersten Mal am Verhandlungstisch zusammenkommen.

Auch der Bau-Nachwuchs soll profitieren: Für die rund 300 Bau-Azubis in Duisburg und im Kreis Wesel will die IG BAU in jedem Lehrjahr 100 Euro pro Monat mehr erreichen. Zudem sollen den Azubis bei übermäßig langen Wegen zur Berufsschule die Fahrt- und Übernachtungskosten erstattet werden. „Dieses Problem haben wir auch bei den Baustellen: Die liegen oft jotwede. So, dass Übernachtungen nötig sind. Es wird höchste Zeit, dass Bauunternehmer den Beschäftigten dann eine vernünftige Unterkunft stellen und diese auch bezahlen“, so Friedhelm Bierkant.

Weitergabe Presseinfo der IG Bauen-Agrar-Umwelt Bezirksverband Duisburg-Niederrhein

Lokalkompass 09.03.2016

Pressespiegel

Ausgabe: 10.03.2016

Niederrhein DGB

Firma darf nicht zahlen für Austritt aus Gewerkschaft

Gelsenkirchen. Unternehmen dürfen ihren Mitarbeitern keine Prämien für einen Gewerkschaftsaustritt zahlen. Das hat das Arbeitsgericht Gelsenkirchen am Mittwoch in einem Eilverfahren entschieden. Das Reinigungsunternehmen Stölting Care & Service GmbH hatte seinen Mitarbeitern eine „Treueprämie" von 50 Euro angeboten, falls sie ihren Mitgliedsausweis bei der IG Bauen-Agrar-Umwelt abgäben. Laut Urteil war das klar rechtswidrig.

Stölting darf seine Beschäftigten auch nicht befragen, ob sie einer Gewerkschaft angehören. Auch darf die Firma nicht länger Vordrucke auslegen, auf denen der Austritt erklärt werden kann. Verstößt der Arbeitgeber gegen die Verfügung, droht ihm ein Zwangsgeld von bis zu 250 000 Euro. (AZ: 3 GA 3/16) *kajo*

WAZ Mantel 10.03.2016

Pressespiegel

Ausgabe: 10.03.2016

Niederrhein DGB

IG BAU warnt vor Fehlanreizen bei Wohnbauförderung

Dietmar Schäfers stellv. Bundesvorsitzender IG BAU (Foto: IG BAU Paul Schimweg)

Frankfurt am Main, 09.03.2016
Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt die heute von der Bundesregierung beschlossene Wohnungsbau-Offensive als wichtigen, aber keineswegs ausreichenden ersten Schritt, um eine drohende Wohnungsnot in Deutschland zu verhindern.

„Es ist gut, dass sich Bundesbauministerin Barbara Hendricks mit ihren Vorschlägen im Kabinett durchgesetzt hat. Höhere steuerliche Abschreibungen sind notwendig, denn sie verstärken die Anreize für Bauherren", sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers.

„Wir befürchten bei dem Kabinettsbeschluss in der jetzigen Form jedoch Fehlentwicklungen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass geförderte Wohnungen dennoch zu Top-Mieten angeboten werden. Auf ein Erreichen der im ‚Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen' angestrebten bezahlbaren Mieten hat das Kabinett verzichtet. Damit macht aber die Förderung nur sehr eingeschränkt Sinn, denn teure Wohnungen gibt es genug. Das Ziel des Bündnisses lautete ‚bezahlbare Wohnungen'!"

Die IG BAU fordert eine Sonderabschreibung für den Bau von Wohnungen mit Mietpreisbindung, wie es sie bereits in den 1990er Jahren schon einmal gab. Die steuerliche Sonderabschreibung für Geschosswohnungsbau in Ballungsgebieten ist derzeit allein an Baukosten gebunden. Danach dürfen die Baukosten pro Quadratmeter maximal 3000 Euro betragen, wovon 2000 Euro steuerlich gefördert werden.

„Diese Regelung verhindert vielleicht den Bau von Wohnungen mit goldenen Wasserhähnen. Sie garantiert damit aber noch lange nicht, dass die Einheiten zu einem bezahlbaren Preis auf den Markt kommen. Denn in Ballungsgebieten müssen für normale Wohnungen bereits an die zwanzig Euro pro Quadratmeter bezahlt werden. Das kann sich schon kein Normalverdiener mehr leisten."

Zudem fordert die IG BAU für Wohnungsbaugesellschaften, die nicht von Sonderabschreibungen profitieren, entsprechende Investitionszulagen.

Weitergabe Presseinfo der IG Bauen-Agrar-Umwelt

Lokalkompass 09.03.2016

Schulen: Unterstützung bei der Integration nötig

Die GEW möchte die Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums vorantreiben.

KREIS KLEVE (RP) Die Zahl der Familien sowie der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die aus Krisengebieten und EU-Mitgliedsländern zugezogen sind, ist auch im Kreis Kleve deutlich angestiegen.

Anja Oster und Corinna Engfeld, die beiden Vorsitzenden des GEW-Kreisverbandes Kleve, sehen große Herausforderungen und Belastungen, die momentan auf die Schulen zukommen. Schon zu Beginn des Jahres erreichten die GEW Anrufe aus Kollegien. Vor allem die Größe und Zusammensetzung der Gruppen, die Lehrerversorgung, der Umgang mit nicht alphabethisierten Kindern und die mangelnden Möglichkeiten der Anschlussförderung wurden als Problem benannt. „Unsere Schulen stehen vor größten Herausforderungen, den Unterricht für die ständig wachsende Zahl von zugewanderten Kindern zu organisieren. Dafür brauchen wir bessere Bedingungen: Räume, Personal, Material", so Oster.

Inzwischen wurden in allen kreisfreien Städten und in 49 von 53 Kreisen Nordrhein-Westfalens Kommunale Integrationszentren eingerichtet, die sich flächendeckend um die nachhaltige Integration von zugewanderten Menschen kümmern. Alle geförderten Kommunalen Integrationszentren in NRW bilden einen landesweiten Zusammenschluss. Der Kreis Kleve hat bisher aber noch kein solches Zentrum eingerichtet und gehört landesweit zu den vier Kreisen, die auf Unterstützung bei der Integration verzichten.

„Schon 2014, als die Flüchtlingsströme noch gar kein Thema waren, haben wir die Notwendigkeit der Einrichtung eines Integrationszentrums im Kreis Kleve erkannt und einen entsprechenden, ausführlich begründeten Antrag an den Kreistag gerichtet. Leider wurde am 26. Februar 2015 im Kreisausschuss die Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums abgelehnt", ergänzt Engfeld.

Im Gelderner Lokalteil berichtete die Rheinische Post am 13. Januar 2016 unter dem Titel „Flüchtlinge in Schulen – zu wenig Lehrer" über die Situation in den Schulen des Kreises Kleve und „explodierende" Zahlen an Flüchtlingskindern. Das Schulamt Kleve gehe in der Aufgabe, Flüchtlingskinder auf die Schulen zu verteilen, seit dem Frühjahr unter. „Das sind Aufgaben, die in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens von Mitarbeitern in Kommunalen Integrationszentren koordiniert werden und die nicht die Zeit von Schulaufsichtsbeamten in Anspruch nehmen sollten", so die beiden GEW Frauen.

Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation will sich der GEW-Kreisverband Kleve erneut für die Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums stark machen und hofft nun endlich auf Unterstützung durch alle Parteien.

RP Kleve 09.03.2016